

Abzocke beim Straßenausbau durch die Reinickendorfer CDU

Reinickendorfer zahlen die Fahrbahn vor der Tür

Piratenpartei informiert

Seit über vier Jahren wird in Berlin das Straßenausbaubeitragsgesetz angewendet. Sie sollen als Hauseigentümer mehrere tausend Euro für den Neubau Ihrer Straße bezahlen. Viele Berliner haben bislang viel Geld durch dieses Gesetz verloren. Rentner, die das Eigenheim für den Ruhestand abbezahlt hatten, verloren auch ihre letzten Ersparnisse oder mussten sogar ein Kredit aufnehmen.

Jetzt ist gerade die Alemannenstraße in Frohnau aktuell. Das Bezirksamt plant eine völlig neue Straße mit Fundament und Kanalisation. Am 30.06.2010 wurde mit den Stimmen der CDU und dem Einzelverordneten Sascha Braun (ehemals SPD) in der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung der Luxusausbau der Alemannenstraße beschlossen.

Mit Überschriften wie "Rot-Rot greift Hausbesitzern in die Taschen" ging die CDU mit dem Abgeordneten Dr. Manuel Heide (Reinickendorfer) in den Berliner Wahlkampf 2006. Sie versprachen auch, dass sie das Gesetz nach der Wahl rückgängig machen! Bis heute sind keine Anzeichen durch das CDU geführte Bezirksamt erkennbar, dass sie für die Haus- und Grundbesitzer ein verlässlicher Partner sind.

Die CDU ist einfach unglaublich!

Der CDU Stadtrat Herr Lambert hatte alles in den Händen und hat die Reinickendorfer bei der Planung zum Straßenausbau nicht mitreden lassen. Wenn die Anwohner zahlen müssen, dann sollten sie auch mitentscheiden dürfen und Einblick in die Akten bekommen.



www.piraten-reinickendorf.de

Reinickendorfer Piratenpartei gegen den Ausbau der Alemannenstraße



Der Bezirksverordnete Michael Schulz (Mitglied der Piratenpartei) hat gegen den Luxusausbau der Alemannenstraße gestimmt.

Die Anwohner möchten nur das erneuern, was notwendig ist. Sie möchten einfach bei den Planungen mitreden. Auch die Aussagen des unabhängigen Gutachters und technischen Sachverständiger aus Braunschweig sind in der Bauausschusssitzung plausibel

gewesen. Wir haben andere Straßen in Reinickendorf, die einen höheren Handlungsbedarf haben. Auch der ökologische und soziale Ansatz ist hier nicht berücksichtigt worden.

Diese Straße verliert mit dem Ausbau ihren Charakter.

Grundsätzlich sollte das Straßenausbaubeitragsgesetz durch das Berliner Abgeordnetenhaus überarbeitet werden, denn das Gesetz ist lediglich ein weiterer Versuch, die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur durch eine zusätzliche Abgabe zu finanzieren.

Die Reinickendorfer Piratenpartei spricht sich gegen das Gesetz aus!

Zudem besitzt Berlin mit 810 Prozent bereits den höchsten Grundsteuerhebesatz in ganz Deutschland.

Fragen bitte an: info@piraten-reinickendorf.de



www.piraten-reinickendorf.de